

**Ergebnisprotokoll
der 12. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung,
Energie und Landwirtschaft vom 08.09.2016**

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.35 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Crueger
Frau Schiemann
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Imhoff
Herr Schwarz

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Janßen

FDP-Fraktion

Herr Schomaker

II Verwaltung

Herr Dr. Sünneemann
Frau Zimmermann
Frau Windeler
Frau Prof. Dr. Reuther
Herr Viering
Frau Kamp
Herr Polzin
Frau Rüpke
Herr Dr. Vogt
Herr Weiß
Herr Bürger
Herr Dr. Lampe
Herr Eickhoff
Frau Beetz
Frau Jüngst

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

III Gäste

Herr Henschen

Gewerbeaufsicht

IV Gastdeputierte

Frau Sprehe
Herr Senkal
Herr Scharf
Herr Saxe
Herr Bücking
Frau Bernhard
Herr Buchholz

SPD-Fraktion
SPD-Fraktion
CDU-Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen
Bündnis 90/Die Grünen
DIE LINKE
FDP-Fraktion

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 12. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Zu TOP 6 liegt eine Textergänzung der Fraktionen B´90/Die Grünen und SPD vor.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: -Protokoll 19/11 der Sitzung am 11.08.2016 -Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 11.08.2016)	L/S
-------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Frau Bernhard erinnert an die Zusage in der nichtöffentlichen Sitzung am 11.08.2016, zu prüfen, weshalb der Vorgang nicht öffentlich behandelt wurde.

Herr Dr. Sünemann erklärt, dass im HaFA ebenfalls eine nichtöffentliche Befassung vorgesehen war.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Frau Bernhard fragt, weshalb die Berichterstattung zu den „Schlichtbauten“ drei Monate verschoben wurde.

Frau Staatsrätin Friderich antwortet, dass noch keine Verhandlungsergebnisse vorliegen, über die berichtet werden könnte.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Sitzungstermine der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft für Dezember 2016 und das Jahr 2017 -02-	Vorlage 19/174	L/S
--------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	-----

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt den aufgeführten Terminvorschlägen für 2017 zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zu prüfen, ob es Alternativen zum Termin am 18. Mai 2017 gibt.

Einstimmig

TOP 5	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand 06. Monat 2016 -1-	Vorlage 19/151	L/S
--------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------	-----

Frau Rüpke berichtet, dass zum 30.06.2016 die Einnahmen mit 1,2 Mio € über dem Plan lagen, zum Jahresende werde Planerreichung erwartet. Bei den Ausgaben werden zum Jahresende Minderausgaben von rund 26,5, Mio € erwartet, wobei es sich zu großen Teilen um Haushaltsreste aus Vorjahren handele, die allerdings nach den neuen Sanierungsmodellen nicht mit Liquidität unterlegt seien. Die Abweichungen in 2016 betreffen bei den investiven Mittel geringere Tilgungen gegenüber dem Bund bezüglich der Wohnungsbaudarlehen. Im Städtebau werde es absehbar zu einer Unterschreitung von rund 700.000 € kommen. Die größere Unterschreitung resultiere aus Projektverzögerungen beim Generalplan Küstenschutz, dort werde eine Unterschreitung von 2,7 Mio € für dieses Jahr erwartet. Konsumtiv falle der Anstieg für die Wohngeldzahlungen durch die Wohngeldnovelle geringer aus, als erwartet. Insgesamt sehe die Prognose für das Finanzierungssaldo noch eine Überschreitung von rund 7,5, Mio € vor, die angesichts weiterer Anstrengungen bei der Sanierung anspruchsvoll sei, aber wie in den Vorjahren, sei das nach heutiger Abschätzung lösbar.

Frau Bernhard fragt, ob die WIN Mittel in Höhe von 327.000 €, die noch nicht angefordert seien, verfallen würden oder übertragen werden könnten.

Herr Schomaker möchte wissen, warum Zahlungen an die Stiftung Rhododendronpark vorgezogen worden seien. Zudem fragt er nach dem Stand der offenen Besetzungsverfahren.

Frau Rüpke antwortet, dass die WIN- Mittel als Haushaltsrest bestehen bleiben und ins nächste Jahr vorgetragen würden.

Die Zahlung für die Stiftung Rhododendronpark erfolge um den 30.06., es habe mit dem praktischen Zahlungstermin zu tun, der mal vor und mal nach dem Stichtag 30.06. liege. Aktuell würden 20 Stellenbesetzungsverfahren laufen und die zusätzlichen Stellen aus dem Integrationsprogramm kämen noch dazu. Die Verfahren laufen, dauerten aber auch ihre Zeit.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) nimmt Kenntnis.

TOP 6	Klimaschutz verstärken - Kohleausstieg realisieren -2-	Vorlage 19/162	
--------------	------------------------------------------------------------------	-------------------	--

Frau Dr. Schaefer führt aus, dass über viele Ziele des Antrags Einigkeit bestehe. Trotzdem hätten sich einige der Forderungen aus dem Antrag inzwischen erledigt. Die Novellierung des EEG auf Bundesebene sei abgeschlossen. Insofern habe sich dieser Punkt erledigt. Es sei erstrebenswert, einen Ausstieg aus der Kohleverstromung möglichst schnell hinzubekommen.

Auf Bremischer Ebene habe man dabei faktisch keine Hebel in der Hand. Deshalb war es wichtig, diesen Text zu ergänzen, um das Signal zu geben, dass man die Ziele des Antrags teile, mehr für den Klimaschutz zu tun und aus der Kohleenergie auszusteigen. Aber die Punkte, die in dem Beschlussteil des Antrags stünden, seien erledigt oder nicht so umsetzbar.

Herr Crueger schließt sich dem im Wesentlichen an. Es gebe große Sympathie für den Antrag. In der Sache sei klar, dass die Klimaziele, die Dekarbonisierung nicht erreichbar seien, wenn man nur auf erneuerbare Energien setze. Ein Ausstieg aus den fossilen Energieträgern sei nötig. Gleichwohl sei unumstritten, dass in den traditionellen Kohlebergbau- Ländern die soziale Infrastruktur gerade in den strukturschwächeren Kohlerevieren ganz wesentlich auch an diesen Unternehmen hänge. Bremen habe zudem energiepolitisch auch gewisse Eigeninteressen. Die Novelle des EEG war zum Zeitpunkt der Plenardebatte noch nicht erfolgt. Mit der Ergänzung werde deutlich gemacht, dass die inhaltlichen Ziele im Antrag der LINKEN richtig seien, es aber aus strategisch formaler Sicht nicht anders beschlossen werden könne als hier vorgeschlagen. Über das Grundziel, fossile Energieträger herunterzufahren, sei man sich völlig einig.

Herr Janßen erklärt, dass in der Vorlage ganz viele Sachen stünden, die er gut und richtig finde. Es wurde sich Mühe gegeben, einer fachlichen Debatte gerecht zu werden. Einer politischen Debatte werde man so nicht gerecht. Man könne nicht sagen, es sei richtig, aber das EEG ist letzten Herbst gelaufen, deshalb lehnen wir den Antrag jetzt ab. Das sei kein strategisch formal schlauer Vorgang. Er schlage vor, die Beschlussziffern anzupassen: in der ersten Beschlussziffer könne das erste Halbjahr 2016 durch Ende 2016 ersetzt werden. Dann passe es mit der angekündigten Fortschreibung des KEP, was alle vier Jahre passieren solle und zuletzt 2009 erfolgt sei. Hier werde darauf verwiesen, man muss den Senat nicht dazu auffordern, das KEP fortzuschreiben, weil er das sowieso mache. Aber mit vier Jahren Verzögerung! Das Gesetz dazu wurde erst 2015 erlassen, aber dass man bis 2017 darauf warte und dann sage, ihr braucht gar nicht nachfragen, das kommt schon, das sei kein Umgang. Trotzdem sei er kompromissbereit, man könne sich auf Ende 2016 einigen. Dann habe der Senat insgesamt sieben Jahre statt vier Jahre Zeit gehabt. Im zweiten Punkt stehe „auf Bundesebene im Zuge der Neuverhandlungen des EEG dafür einzusetzen“, dieser Teilsatz könne gestrichen werden. Beim dritten Punkt werde man mit Sicherheit unterschiedlicher Meinung sein. Wenn diese Diskussion konstruktiv betrieben werden solle, dann habe er Vorschläge.

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass mit dem KEP eine vergleichsweise kleine Einheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betraut sei, die damit beschäftigt waren, ein belastbares Monitoring einzurichten. Das KEP 2009 sei ohne ein Monitoring verabschiedet worden. Auch das Ressort habe ein Interesse daran, dass die seit 2015 im Gesetz festgeschriebenen Intervalle eingehalten werden. Die Monitoringdaten lägen nicht immer fristgerecht vor und müssten dann erst mal qualitätsgesichert werden. Man arbeite konzentriert an diesen Themen. Dem ursprünglichen Antrag könne nicht zugestimmt werden, wenn zwei Dinge enthalten seien, die obsolet seien. Der Bremer Senat habe keine Hebel, einen Kohleausstieg zu erzwingen.

Herr Janßen betont, dass es kein so großer Aufwand sei, die Ergebnisse der KEP- Konferenz einzubauen. Beschlussziffer 3 sage nur, es sollen Gespräche mit den Betreibern, Betriebsräten und Gewerkschaften aufgenommen werden, um eine Perspektive zu diskutieren. Es bestehe bereits eine Bremer Runde, eine Gruppe von Betriebs- und Personalräten aus den energieerzeugenden Bereichen, die ja selber sagen, dass sie aus der Kohleverstromung rauswollten.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass die Betriebsräte und Gewerkschaften hier nicht Verhandlungspartner des Senats sein könne. Er spreche jedoch regelmäßig mit dem Vorstand der swb über diese Themen.

*Die Deputation stimmt der vorgelegten **Textergänzung** (Anlage zum Protokoll) der Fraktionen B'90/Die Grünen und der SPD einstimmig zu. Der Beschluss erfolgt damit zur ergänzten Vorlage.*

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (L) stimmt dem Berichtsentwurf des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr entsprechend der Anlage zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um dessen Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag).

*Zustimmung
gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE*

TOP 7	Jahresbericht 2015 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen -2-	Vorlage 19/163
--------------	-----------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Herr Henschen fasst den Inhalt des Berichts zusammen.

Herr Hamann regt an, eine Fernüberwachung der Betriebe, z.B. übers Internet zu nutzen.

Herr Saffe möchte wissen, ob die Legionellenquelle inzwischen gefunden worden sei.

Herr Schomaker fragt, ob der überdurchschnittlich hohe Krankenstand auf eine Arbeitsüberlastung zurückzuführen sei. Er möchte zudem wissen, ob gesetzlich vorgeschriebene Überwachungen nachgeholt werden, wenn sie nicht durchgeführt werden konnten.

Frau Dr. Schaefer spricht die Frage von möglichen Kooperationen mit der Gewerbeaufsicht im niedersächsischen Umland an.

Herr Henschen berichtet, dass nach der Industrieemissionsrichtlinie tatsächlich vor Ort geprüft werden müsse. Aber bei einer Vielzahl der Anlagen, für die dies nicht zutrefte, lasse sich das Gewerbeaufsichtsamt Berichte schicken. Diese würden geprüft und bei Auffälligkeiten werde dem vor Ort nachgegangen.

Die Quelle des Legionellenausbruchs sei bisher nicht gefunden worden. Es werde aber weiter gesucht.

Der Krankenstand im Gewerbeaufsichtsamt liege über dem Schnitt der Verwaltung. Es sei ein relativ kleiner Betrieb und es gebe Langzeiterkrankungen. Einen Zusammenhang mit der Arbeitssituation könne er aber nicht bestätigen.

Die gesetzlich vorgeschriebenen Überwachungen werden durchgeführt. Bei Engpässen würden dafür andere Tätigkeiten zurückgestellt werden.

Zu den umliegenden Ämtern bestehe ein guter Kontakt und einzelfallbezogen werde sehr gut kooperiert, wie z.B. beim Tanklager Farge.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Jahresbericht 2015 der Gewerbeaufsicht der Freien Hansestadt Bremen zur Kenntnis.

TOP 8	Berichte der Verwaltung	
TOP 8a)	Landesprogramm Städtebauförderung 2016 -72-	BdV schriftlich

Frau Jüngst erläutert den Bericht.

Herr Pohlmann erinnert daran, dass es nicht selbstverständlich war, dass mehr Bundesmittel für die vielfältigen Bereiche der Städtebauförderung zur Verfügung gestellt wurden. Er bittet um Erläuterungen zum Investitionspakt soziale Integration. Insgesamt sei es sehr positiv, dass die Kofinanzierung der Programme sichergestellt sei. Dies bedeute für Bremen und Bremerhaven einen finanziellen Schub an Möglichkeiten in der Quartiersentwicklung.

Frau Sprehe fragt, welche Projekte aus dem Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ in Bremen gefördert wurden.

Frau Prof. Dr. Reuther berichtet, dass die Maßnahmen „Weiche Kante“ und „Stadtstrecke aus dem Projekt „Leben mit dem Fluss“ mit mehr als vier Mio € gefördert werden. Das Programm solle in den nächsten Jahren fortgeführt werden.

Frau Jüngst erläutert, dass der „Investitionspakt soziale Integration“ über vier Jahre aufgelegt werden solle, 2017 bis 2020 mit jeweils 200 Mio pro Jahr auf Bundesebene – vorbehaltlich der entsprechenden Beschlüsse zum Bundeshaushalt. Man gehe davon aus, dass die Städtebauförderung auch für diese vier Jahre aufgestockt werde, so dass ein Gesamtpaket von 1,2 Milliarden € bestehe. Der Bundesförderanteil werde 75 % betragen, die Stadtgemeinde Bremen bzw. Bremerhaven müsste 25 % tragen. Dies sei eine sehr gute Förderquote. Es sei eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, in der neben SUBV die Ressorts Sport, Soziales, Kinder, Bildung und Finanzen vertreten seien. Die Koordinierung und die Abrechnung liege beim Ressort Umwelt, Bau und Verkehr, die Umsetzung erfolge durch Immobilien Bremen (IB). Auswahlkriterien könnten erarbeitet und Vorschläge für Projekte eingereicht werden. Beim Programm „Sanierung kommunaler Infrastrukturen“ habe Bremerhaven den Zuschlag bekommen für ein Bürgerhaus. Voraussichtlich werde dieses Programm fortgesetzt und die bereits vorhandenen Anträge abgearbeitet, darunter ein Bremer Antrag zum Westbad.

Herr Pohlmann bittet um Information der Deputation über die weiteren Entwicklungen und Ergebnisse.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9	Verschiedenes	
TOP 9a	Bundesverkehrswegeplan, B212	BdV mündlich

Frau Schiemann bezieht sich auf die Stellungnahme zum Bundesverkehrswegeplan. Hier habe sich der Senat dafür ausgesprochen, dass der Teilabschnitt der B212 von der Landesgrenze Bremen - Niedersachsen zur A281 vom weiteren Bedarf hochgestuft werden solle. Im Kabinettsentwurf zum Bundesverkehrswegeplan sei dies nicht enthalten.

Herr Polzin berichtet, dass der Senat in seiner Stellungnahme gemeinsam mit dem Land Niedersachsen dafür geworben habe, die B212n vom weiteren Bedarf mit Planungsrecht in den vordringlichen Bedarf umzustufen. Das sei in den Ausbaugesetzen auch vorgesehen, allerdings habe das Bundesbauministerium zugegeben, dass versehentlich der niedersächsische Abschnitt in den vordringlichen Bedarf gebracht wurde, jedoch übersehen wurde, dass der Bremer Abschnitt noch im weiteren Bedarf mit Planungsrecht verblieben sei. Der Bund wolle dies im Rahmen der Gesetzgebung selbst korrigieren.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Pohlmann schließt die 12. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.